

OECD Centres

Deutschland

Berlin (49-30) 288 8353

Japan

Tokyo (81-3) 3586 2016

Mexiko

Mexiko Stadt (52-5) 528 1038

Vereinigte Staaten

Washington (1-202) 785 6323

AUSTRALIEN · BELGIEN · DÄNEMARK · DEUTSCHLAND · FINNLAND · FRANKREICH · GRIECHENLAND · IRLAND · ISLAND · ITALIEN
JAPAN · KANADA · KOREA · LUXEMBURG · MEXIKO · NEUSEELAND · NIEDERLANDE · NORWEGEN · ÖSTERREICH · POLEN
PORTUGAL · SLOWAKISCHE REPUBLIK · SCHWEDEN · SCHWEIZ · SPANIEN · TSCHECHISCHE REPUBLIK · TÜRKEI · UNGARN · VEREINIGTES KÖNIGREICH · VEREINIGTE STAATEN

PAC/COM/NEWS(2001)46

Paris, den 16. Mai 2001

**Annahme einer Umweltstrategie für die nächste Dekade
durch die OECD-Umweltminister
Paris, 16. Mai 2001**

Heute traten in Paris die Umweltminister oder deren Vertreter aus den 30 OECD-Mitgliedstaaten zusammen. Sie nahmen die „OECD-Umweltstrategie für die erste Dekade des 21. Jahrhunderts“ an, in der sie sich verpflichten, im Laufe der nächsten zehn Jahre auf nationaler Ebene spezifische Maßnahmen zu ergreifen, um die gravierendsten Umweltprobleme anzugehen, darunter das Problem der Klimaänderungen, und gemeinsame Anstrengungen zu Gunsten ökologischer Nachhaltigkeit zu unternehmen.

Die Strategie umreißt spezifische, in einen festen Zeitplan eingebundene Aktionen zur Erreichung fünf wichtiger Politikziele:

1. Aufrechterhaltung der Integrität der Ökosysteme durch eine effiziente Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen.
2. Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastungen.
3. Verbesserung der Informationen für die Entscheidungsfindung: Fortschrittsmessung anhand von Indikatoren.
4. Wechselbeziehungen zwischen sozialen und ökologischen Faktoren: Erhöhung der Lebensqualität.
5. Globale Interdependenz im Umweltbereich: Verbesserung von „Governance“ und Zusammenarbeit.

Die *OECD-Umweltstrategie* ist vorrangig darauf ausgerichtet sicherzustellen, dass ein anhaltendes Wirtschaftswachstum nicht mit einer anhaltenden Verschlechterung der Umwelt einhergeht. Sie greift eine Reihe spezifischer Umweltprobleme auf, die in dem kürzlich veröffentlichten *OECD-Umweltausblick** für den Zeitraum bis 2020 als „besonders dringliche“ Anliegen identifiziert wurden. Zu diesen Problemen gehören die Klimaänderungen, der Verlust an biologischer Vielfalt, Überfischung, Grundwasserbelastung, umweltbedingte Gesundheitsprobleme, die Verschlechterung der städtischen Luftqualität und die Überbeanspruchung „erneuerbarer“ Ressourcen. Im Rahmen der *Strategie* kamen die OECD-Umweltminister überein, umweltschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen zu Gunsten von Landwirtschaft und Energie bis zum Jahr 2010 schrittweise abzubauen bzw. zu reformieren, darauf hinzuwirken, dass die Preise für Umweltgüter und -dienstleistungen deren wahren Wert widerspiegeln, so z.B. bei der Preisgestaltung für den Straßenverkehr, und Anliegen im Zusammenhang mit der biologischen Vielfalt bei Raumordnungsmaßnahmen sowie in der Wirtschafts-, Sektor- und Finanzpolitik zu berücksichtigen.

* Liegt nur in englischer und französischer Sprache vor.

JT00107844

OECD-Medienkontakte

Allgemeine Anfragen: Tel. (33) 1 45 24 97 00 - Fax (33) 1 45 24 80 03/94 37 - Recherche & Dokumentation: Tel. (33) 1 45 24 80 88/80 89
www.oecd.org/media - E-mail: news.contact@oecd.org

OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), 2 rue André-Pascal, 75775 Paris Cedex 16, Frankreich
Tel. (33) 45 24 82 00 - Fax (33) 1 45 24 85 00 - www.oecd.org

Bei der Bewältigung der Klimaänderungen besteht die Herausforderung darin, allen Verpflichtungen des VN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen nachzukommen und durch internationale Prozesse die Realisierung seiner Zielvorgaben voranzubringen. In der *Strategie* wird festgestellt, dass dies für eine große Mehrheit von OECD-Ländern bedeutet, das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls bis 2002 im Weg eines zügigen Ratifikationsprozesses und mit einer möglichst breiten Unterstützung durch die internationale Völkergemeinschaft anzustreben. Die OECD-Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, Maßnahmen zu Gunsten einer deutlichen Verringerung der weltweiten Treibhausgasemissionen zu konzipieren und umzusetzen, wobei vorrangig auf marktorientierte Instrumente, z.B. Subventionsabbau und ökologische Steuerreformen, handelbare Emissionsrechte oder -kontingente und internationale Kompensationsprojekte, sowie auf Maßnahmen zurückgegriffen werden soll, die spezifischen wirtschaftlichen Schwerpunktbereichen gelten.

Auf internationaler Ebene kamen die Minister überein, die Kohärenz der multilateralen Umweltübereinkommen zu fördern, die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedstaaten zu intensivieren und das Management der aus der Globalisierung resultierenden Umwelteffekte zu verbessern. Sie verpflichteten sich, größere Möglichkeiten dafür zu schaffen, dass Auslandsinvestitionen und internationaler Handel zur Realisierung umweltpolitischer Ziele beitragen, und befürworteten die Annahme einer Empfehlung über gemeinsame Konzepte betreffend die Umwelt und Exportkredite mit einer starken Umweltkomponente.

Die Minister verständigten sich nicht nur auf spezifische nationale Maßnahmen zur Behandlung von Umweltproblemen, sondern auch auf Mechanismen zur Messung von Fortschritten bei der Umsetzung dieser Strategie sowie den Beitrag, den die OECD ihrer Auffassung nach dazu leisten könnte. Sie befürworteten einen regelmäßigen Rückgriff auf *Umwelt-Schlüsselindikatoren (Key Environmental Indicators)*, um Trends in Bezug auf die wichtigsten Umweltprobleme, denen sich die OECD-Länder gegenübersehen, in konsistenter Weise länderübergreifend aufzuzeigen. Sie nahmen auch die *OECD-Leitlinien für einen ökologisch nachhaltigen Verkehr (OECD Guidelines for Environmentally Sustainable Transport)* mit zehn wichtigen Schritten an, die die OECD-Länder ergreifen können, um künftig für einen ökologisch nachhaltigen Verkehr zu sorgen.

Den Vorsitz der Tagung des OECD-Ausschusses für Umweltfragen auf Ministerebene führte Dominique Voynet (Frankreich), der als Stellvertretende Vorsitzende David Anderson (Kanada), Ilias Efthymiopoulos (Griechenland) und László Miklós (Slowakische Republik) zur Seite standen. Zum Auftakt fand eine Ministerkonferenz mit verschiedenen Interessengruppen statt, bei der Vertreter von Unternehmen, Gewerkschaften und im Umweltschutz engagierten Nichtregierungsorganisationen den Ministern ihre Ansichten und Anliegen vortrugen.